



Auszug aus dem substantziellen Protokoll

111. Ratssitzung vom 2. Oktober 2024

3812. 2023/437

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 13.09.2023: Planung neuer Schulanlagen, Einhaltung eines Kostenrahmens von maximal 3 Millionen Franken pro Schulklasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2253/2023): In den letzten Jahren behandelte der Gemeinderat unzählige Schulhausbauten. Das Bevölkerungswachstum zwingt uns dazu, neue Schulhäuser zu bauen. Aufgrund der Dringlichkeit haben der Gemeinderat und die Bevölkerung den Vorlagen immer zugestimmt. Der Stadtrat konnte sich praktisch sicher sein, dass seine Vorlagen ohne Problem durchgewunken würden. Inzwischen explodieren die Kosten regelrecht. Bei der Schulanlage Saatlen sprechen wir beispielsweise von Kosten von über 4 Millionen Franken pro Klasse. Wenn man schaut, was im Jahr 2023 gebaut wurde, wurden bei sieben von neun Schulhausanlagen die intern gesetzten Kostenziele – die bereits sehr grosszügig sind – überschritten. Zahlreiche Beispiele aus den Gemeinden zeigen, dass es günstiger möglich ist; ich denke an Opfikon, Wallisellen oder andere Gemeinden. Dort ist die Schule nicht schlechter als in der Stadt Zürich. Die Kinder lernen nicht weniger oder fühlen sich weniger wohl oder haben weniger Platz zum Spielen. Die Stadt Zürich muss einfach bei allem noch ganz viel draufpacken, obwohl das die Bildung nicht besser macht – höchstens teurer. Einsparmöglichkeiten sehen wir insbesondere bei den Materialien. In der Stadt Zürich ist nur noch Holz gefragt und das kostet 10 Prozent mehr. Die Ansprüche an die Ökologie und Energie sind ebenfalls für einen grossen Teil des Preises verantwortlich. Es braucht nicht drei Zertifizierungen – es genügt, wenn so gebaut wird. Zertifizierungen sind Papiertiger und enthalten viele Anforderungen, die aufwendig erfüllt werden müssen. Das Minergie-Label generiert zum Beispiel 5 bis 16 Prozent höhere Kosten. Die Schule am Wasser ist eine bestens organisierte Tagesschule, hat kein Label und ist bedeutend günstiger. Ein weiteres Thema ist die Mehrfachverwendung von Räumen. Bildung wird nicht besser, nur weil man Labels erfüllt, Holz verwendet, aufwendige Haustechnik fordert oder sich mit Kunst am Bau profiliert. Die FDP will eine höhere Bildungsqualität und keine teuren Vorzeigeobjekte. Wir fordern mehr Augenmass und dass in Zukunft für maximal 3 Millionen Franken pro Schulklasse, angepasst an die Inflation, budgetiert und gebaut werden darf – ausser bei ausserordentlichen Umständen.



Sophie Blaser (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 27. September 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat klingt sehr einfach: Ein Kostendeckel soll alle Probleme lösen. Das Postulat ist allerdings an Populismus nicht zu übertreffen und bietet kein Potenzial für Einsparungen. Wieso der Stadtrat es entgegennehmen will, erschliesst sich uns nicht. Schulhäuser zu planen und zu bauen, ist ein bisschen komplizierter, als hier dargestellt wird. Es gibt kantonale Empfehlungen und die Stadt hat im Dokument «Raumstandards für den Bau von Volksschulanlagen» festgehalten, welche Qualität das Raumangebot erfüllen soll. Eine Schule besteht nicht nur aus Klassenzimmern, Garderoben und WC. Das beste Beispiel dafür sind die Züri-Modular-Pavillons, die genau über die genannten Räume verfügen, aber deswegen noch keine Schulanlage sind. Es braucht Klassenzimmer, Gruppenräume, Büros für die Schulleitung, die Leitungen Betreuung und Haustechnik, das Schulleitungssekretariat und die Schulsozialarbeit. Es braucht Werkräume, Schulküchen und Vorbereitungsräume, weil die Unterrichtsräume mehrfach genutzt werden. Es braucht Teamzimmer und WC-Anlagen für Schülerinnen, Schüler und Erwachsene. Es braucht Betreuungsräume, Küchen, Garderoben und Technikräume. Es braucht Liftanlagen, damit ein Teil der Infrastruktur für Menschen mit Beeinträchtigung zugänglich ist und das Essen aus den meist unterirdischen Küchen transportiert werden kann. Es braucht auch Turnhallen, Schulschwimmanlagen, Singsäle, Therapieräume für Logopädie und Psychomotorik. Dass ein Schulhaus einfach aus einem Klassenzimmer pro Klasse besteht, ist falsch. Wer den Lehrplan liest, weiss, dass es Zusatzräume braucht. So kommt man auf mehr Räume pro Klasse. Das ist auch der Grund, weshalb das Amt für Hochbauten (AHB) mit Funktionseinheiten arbeitet. Man könnte das wissen, wenn man in der Kommissionsberatung Fragen stellen oder zuhören würde. Aber die Postulantinnen wissen alles besser und brauchen keine Antworten des AHB. Die Kosten der Schulbauten wurden im Rahmen der Leistungsüberprüfung «17/0» angegangen und die Flächen um 15 Prozent reduziert. Möglich ist das durch die Einführung des Essens in Schichten. Das ist aus pädagogischer Sicht nicht unbedingt ein Gewinn. Wie man noch mehr schichten könnte, weiss ich nicht. Es braucht Einzelfallbetrachtungen. Die Postulantinnen haben das erkannt und erwähnen es im Postulat. Bei den Labels geht es nicht darum, dass man für das Label bezahlt. Die Umsetzung der Vorgaben kostet. Habe ich rausgehört, dass es uns einfach egal sein soll, wie die Stadt baut oder sollen wir auf Minergie verzichten?

Weitere Wortmeldungen:

Maya Kägi Götz (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die Stossrichtung des Postulats finden wir teilweise gut, auch wenn wir die Berechnung nach Stadtzürcher Schulklassen im Vergleich zu anderen Städten und Regionen für keine schlaue Grundlage halten. Wie die jüngsten Debatten gezeigt haben, sind Kosten pro Schulklasse unzulänglich, verzerrend und für überregionale Vergleiche wenig zielführend. Schulfremde oder unterrichtsfremde Nutzungen ausserhalb des Klassenzimmers und Sportinfrastrukturen müssen ebenso selbstverständlich wie die Infrastrukturen für die Verpflegung und Betreuung in der Kostenrechnung inkludiert werden. Aus diesen Überlegungen schlägt die SP eine



Textergänzung im zweiten Satz nach «Umgebung» vor: «spezielle Schul- und Sportnutzungen wie beispielsweise Schulschwimmanlagen, Anpassungen an den Betreuungseinrichtungen oder Ähnlichem.» Seit «17/0» ist die Stadt Zürich mehr als erprobt in Fragen der Kosteneffizienz bei Schulhausbauten. Das hatte nicht nur positive Auswirkungen auf die Schulraumentwicklung, wie wir am Beispiel des Pfingstweid-Schulhauses wiederholt feststellen durften. Durch die neuen Flächenstandards für Tagesschulen mit ihrem Cluster-Modell haben wir es aktuell weniger mit quantitativen als mit qualitativen Auswirkungen auf Schulhausbauten zu tun. Dazu kommt, dass Schulhausanlagen als öffentliche Bauten für das Quartier-, Vereins- und Sportleben einen unschätzbaren und schwierig bezifferbaren Mehrwert haben. Wenn wir dem Prüfauftrag zustimmen, tun wir das im Wissen darum, dass wir bei der Stadt Zürich offene Türen einrennen. Immobilien Stadt Zürich (IMMO) und das AHB befassen sich laufend und intensiv mit der Kostenüberprüfung von Schulhausbauten. Das belegt die Auswertung der Stadt, die im Jahr 2023 Zürcher Projekte mit Neubauten aus Winterthur, Basel und Bern verglich. Die Auswertung kommt zum Schluss, dass die Stadt Zürich nicht teurer als andere baut, wenn man alle mit der Anlage verbundenen Kosten berücksichtigt und unter einem Schulhaus nicht alleine das Aufstellen von Klassenzimmern auf der grünen Wiese versteht. Entscheidend und überzeugend an dieser Auswertung ist aus unserer Sicht, dass nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Wenn die SP dem Prüfauftrag zustimmt, tut sie das nicht, weil sie Kritik am erforderlichen Ausbau des Schulraums mit qualitativ hohen Standards üben will. Im Gegenteil sieht die SP in den neuen Schulbauten mit ihren Infrastrukturen für den Betrieb von Tagesschulen eine zentrale Investition in die Bildung und einen zukunftsfähigen Lebensraum. Bezüglich der Labels hat die Stadt eine Vorbildfunktion und Verantwortung – und keinen Sparauftrag. Wir hielten es auch für fragwürdig, wenn man die flächendeckende Umsetzung der Tagesschule und das integrative Unterrichtsmodell durch die Hintertür von angeblich zu teuren Schulhausbauten torpedieren wollte.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Am 6. Juli 2022 hat der Stadtrat neue Raum- und Flächenstandards für die öffentlichen Schulen in der Stadt Zürich beschlossen. Aus Gründen der Ratseffizienz verzichte ich darauf, diese Neuerungen aufzuzählen. Mit diesen Flächenstandards kommt die Stadt Zürich mit weniger Fläche als andere Städte in der Schweiz aus. Das zeigt eine externe Evaluation, ich zitiere aus dem Bericht: «Für die Primarschulen bestellt die Stadt Zürich mit Abstand am wenigsten Flächen. In der Sekundarstufe liegt sie im unteren Quartil.» Welche Kostenfolgen haben die Neuerungen bei den Raum- und Flächenstandards? Ich zitiere aus der Präsentation, die im August 2022 in der Sachkommission gezeigt wurde, in der auch die Postulantinnen Mitglieder sind: «Die Kostenersparnis durch diese Flächeneinsparungen gleicht sich aus mit den Kosten für Neuerungen in den Raumstandards.» Diese Aussage wird in der Präsentation mit vielen Zahlen bewiesen. In dieser Situation von einer Kostenexplosion bei neuen städtischen Schulanlagen zu sprechen, ist fachlich falsch. Selbstverständlich braucht eine Schule heute mehr Raum als vor 20 Jahren. Insbesondere braucht es neben den Klassenzimmern kleine Gruppenräume. Das ist ein wichtiges Anliegen der Schulleitungen und Lehrpersonen. Es braucht zudem eine Infrastruktur für die Tagesschule: Räume für die Verpflegung und Betreuung, wie Sophie Blaser (AL) treffend aufgezählt hat. Weiter berücksichtigt die



Stadt bei neuen Schulanlagen die Bedürfnisse der Musikschule und Quartierbevölkerung. So werden beispielsweise bei der Schule Sirius mit 12 Primarklassen fünf Räume für die Musikschule eingebaut. Es wird zudem eine grosse Doppelsporthalle des Typs B sowie eine Infrastruktur für den lokalen Tennisclub realisiert. Das alles kostet zusätzlich, ist aber zum Wohl der Kinder und der Quartierbevölkerung. Deshalb ist der Indikator Kosten pro Klasse grundsätzlich falsch. Das hat ein Fachmann an der gestrigen Sitzung Sachkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) bestätigt. Mit dem Bau neuer Schulanlagen investiert die Stadt mit Augenmass Geld in eine zeitgemässe Infrastruktur für die Bildung unserer Kinder und die Lebensqualität in den Quartieren. Mit dem postulierten Kostendach pro Klasse wird der Stadt ein Knüppel zwischen die Beine geworfen. Deshalb lehnen die Grünen das Postulat ab.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Auch die GLP-Fraktion hat ein Unbehagen bei den astronomischen Kosten, die man im Schulhausbereich sieht. Man kann mit dem Schulraumprogramm argumentieren. Trotzdem fragen wir uns, ob man wirklich nichts tun oder es zumindest in eine nachvollziehbare Dimension rücken kann. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, nur das Raumprogramm zu zitieren. Gegenüber dem Vorstoss ist die GLP eher skeptisch. Wir glauben nicht, dass er mit seinem einfachen Strickmuster die Lösung für einen Richtungswechsel oder konkrete Einsparungen ist. Trotzdem unterstützen wir ihn. Es gibt mit «17/0» ein Instrument, das die Stadt seit vielen Jahren nutzt. Deswegen Ziel ist es, die Flächen im Vergleich zu Schulhäusern aus dem Jahr 2015 um 10 Prozent und die Kosten um 15 Prozent zu reduzieren. Das ist ein austariertes System. Wir haben das Raumprogramm gehört. Auch wir sind der Meinung, man müsse eher mit den Flächen als mit den Klassen rechnen. Aber man kann das System nochmals anschauen, zumal der Stadtrat bereit ist, das Anliegen zu prüfen. Nicht einverstanden sind wir, dass plötzlich an den ökologischen Standards geschraubt werden soll. Das steht so nicht im Postulat und für uns nicht zur Debatte. Die Labels finden wir nicht wichtig, aber die Standards müssen erfüllt sein. Sie sind essenziell und eine Investition in die Zukunft.

Roger Föhn (EVP): Die Fraktion Die Mitte/EVP findet das Postulat sympathisch. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Kosten zusätzlicher Bauten wie Turnhallen oder Schulschwimmanlagen abgezogen werden müssten. Das Kostendach von 3 Millionen dürfte erst danach angewandt werden, sonst gibt es ein falsches Bild.

Stefan Urech (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat. Wir sehen den Hauptschuldigen nicht im Stadtrat oder bei STR André Odermatt, der in den Schulhäusern italienischen Marmor verbaut. Hauptschuldige ist die linke moderne Pädagogik. Die forcierte Durchmischung der Sek A, B und C – die früher mal Sek, Real und Oberschule hiessen – funktioniert in der Realität so: Zu Beginn der Lektion bleiben die A-Schüler im Zimmer und die B-Schüler gehen mit einer anderen Lehrerin in einen Gruppenraum oder umgekehrt. Für die Umsetzung dieser linken Träume braucht es am Ende des Tages viel mehr Flächen. Die grossen Kostentreiber sind die forcierte Durchmischung, das integrative Schulmodell und die Tagesschule. Die Stadt baut das, was der Gemeinderat bestellt.



5 / 5

Yasmine Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden: Ich danke Sophie Blaser (AL), dass wir jetzt alle ganz genau wissen, welche Räume eine Schule braucht. Allerdings können meiner Meinung nach die Schulleitung und Leitung Betreuung im selben Büro sitzen. Aber das ist nur eine Nebensache. Auf dem Land weiss man auch, welche Räume eine Schule braucht und welche Fächer welche Räume benötigen. Man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Das haben wir mit unseren Vergleichen auch nicht getan. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) kann ich beruhigen: Ich habe in der Sachkommission gestern zugehört. Es hiess unter anderem, man müsse die Geschossflächen vergleichen. Das kann man machen. Wenn bei Projekten aber die Kosten pro Quadratmeter Geschossfläche verglichen werden, wird vertuscht, dass in der Stadt häufig Schlösser und keine zweckdienlichen Bauten erstellt werden. Es ist wie beim privaten Wohnen. Wenn eine vierköpfige Familie A in einem 200-Quadratmeter-Haus mit teuersten Materialien lebt und eine Familie B mit gleich vielen Personen in einer 150-Quadratmeter-Wohnung mit günstigeren Materialien, hat die Familie A auch mehr Geschossflächen und die teurere Wohnsituation. Ist das wirklich nötig oder lebt die Familie A einfach in Saus und Braus? Auch auf dem Land muss man die kantonalen Vorgaben und den Lehrplan erfüllen. Aber man schafft es dort, für dieselbe Anzahl Klassen günstiger zu bauen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie zukünftig in der Stadt Zürich bei der Planung von neuen Schulanlagen, für maximal 3 Millionen Franken pro Schulklasse (angepasst an Inflation), budgetiert und gebaut werden darf. Es sei denn, es gäbe ausserordentliche Umstände aufgrund der Umgebung, speziellen Schul- und Sportnutzungen wie beispielsweise Schulschwimmanlagen, Anpassungen an den Betreuungseinrichtungen oder Ähnlichem.

Das geänderte Postulat wird mit 85 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat